

<b>ZU DIESEM HEFT</b>	163	<b>ADB-FORUM</b>	
<b>SCHWERPUNKT</b>			
<i>Detlef Kuhlenkamp</i> Beschwörungen und Marginalisierung Zu den Rahmenbedingungen politischer Erwachsenenbildung	164	<i>Paul Ciupke</i> Kompetenzbeichten: Profilpass, Talent- kompass, Kompetenzbilanz und Co Eine etwas provokative Betrachtung	216
<i>Christiane Jäger</i> Bildungsfreistellung: Individueller Rechtsanspruch im Kontext Lebenslangen Lernens	174	<b>ADB-JAHRESTHEMA</b>	
<i>Norbert Reichling</i> Symbolische Politik – realer Schaden (Politische) Weiterbildung in NRW – aus dem Tagebuch eines „Gesteuerten“	180	<i>Eckhard Kohle</i> Deutsch-deutsche Seniorenbegegnungen	220
<i>Boris Brokmeier</i> Geld wirkt! Förderung politischer Jugendbildung auf Bundesebene und ihre Auswirkungen auf die Praxis politischer Bildung	184	<b>METHODEN UND ARBEITSFORMEN</b>	
<i>Susanne Kraft</i> Die Situation der Beschäftigten in der Weiterbildung – ein Blick in die aktuelle Realität und Perspektiven für die Zukunft	188	<i>Regina Meyer</i> Göttinger Erzählcafé Am Goldgraben Ort des öffentlichen Erinnerens und des Generationengesprächs	224
<i>Peter Wirtz</i> Professionalisierung der politischen Bildung Zwischen Anspruch, Wirklichkeit und Zukunftschancen	196	<b>INFORMATIONEN</b>	
<i>Oliver Krauß</i> Universalgenies oder General-Dilettanten? Zum Tätigkeitsspektrum des pädagogi- schen Personals in Bildungsstätten	202	Meldungen	229
<i>Bernd Wittich</i> Zwischen Prekarität und Professionalisie- rung Zur Situation der nebenamtlichen und frei- beruflichen Mitarbeiter/-innen in der poli- tischen Jugend- und Erwachsenenbildung	208	Aus dem AdB	245
		Personalien	249
		Bücher	254
		Markt	271
		<b>IMPRESSUM</b>	276

Thema des nächsten Heftes:  
Einwanderung mit politischer Bildung begleiten



Wer schon geraume Zeit in der außerschulischen politischen Bildung (und auch in anderen Bereichen der Weiterbildung) arbeitet, sieht sich mit radikalen Veränderungen dieses Bildungssektors konfrontiert. Im mantrahaften Gerede vom lebenslangen Lernen bleibt unerwähnt, dass sich in Bund und Ländern ein Prozess vollzieht, der nicht nur zur finanziellen

Austrocknung der institutionalisierten Jugend- und Erwachsenenbildung führt, sondern in dem sich auch die rechtlichen Grundlagen der öffentlich verantworteten Weiterbildung immer mehr entleeren. Was die „Thesen zur Weiterbildung“ der ehemaligen Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms Mitte der 80er Jahre als bildungspolitisches Programm verkündeten, wurde von der Wirklichkeit längst überholt. Der Wettbewerb auf einem Weiterbildungsmarkt, auf den die Weiterbildungsträger damals verwiesen wurden, hat zu einer Verdrängung sondergleichen geführt. Institutionen, darunter auch traditionsreiche, die das Bild der Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland über Jahrzehnte geprägt haben, wurden geschlossen oder um lukrativerer Verwendungszwecke willen mit anderen Aufgaben betraut. Unter dem Zwang, möglichst kostendeckend zu arbeiten, konzentrieren sich viele Weiterbildungsträger auf Angebote, für die eine zahlungskräftige Klientel hohe Teilnahmebeiträge aufzubringen willens und in der Lage ist (und müssen sich dann vorhalten lassen, sie erreichten bildungsferne Gruppen nicht). Der bürokratische Aufwand für die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel hat ein Ausmaß angenommen, das die Bewältigung der „eentlichen“ Aufgaben von Bildungseinrichtungen zunehmend erschwert. Während die Stellen von hauptamtlich beschäftigten Pädagogen und Pädagoginnen gestrichen werden, hat sich eine Branche etabliert, die sich auf Bil-

dungsberatung, Qualitätssicherung und Zertifizierungsverfahren spezialisiert hat.

Die Bedingungen für das in den Weiterbildungseinrichtungen tätige Personal haben sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Das gilt nicht nur für die ökonomischen Voraussetzungen, die eine Fülle „prekärer“ Arbeitsverhältnisse entstehen ließen. Pädagogische Qualitäten und Qualifikationen treten in den Hintergrund zugunsten wichtiger gewordener Kompetenzen in den Bereichen Marketing, Organisationsentwicklung, Betriebswirtschaft und Öffentlichkeitsarbeit. Die Bedeutung dieser Arbeitsfelder wird niemand bestreiten, aber man erwartet doch zu Recht auch nicht von den in der Verwaltung Tätigen, dass sie pädagogischen Anforderungen entsprechen!

In diesem Heft soll die Realität der Arbeitsbedingungen in unseren Bildungseinrichtungen im Mittelpunkt stehen. Es soll dargelegt werden, wie sich die bildungspolitischen Entwicklungen auf Strukturen, Angebote und Teilnehmerzahlen der Weiterbildung und die Situation der dort Tätigen auswirken. Dass dies hier beispielhaft für den Bereich der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung geschieht, erklärt sich aus unserem Arbeitszusammenhang. Aber die hier beschriebenen Tendenzen gelten auch für andere Bereiche der Weiterbildung. Wir wollen Probleme deutlich machen, die von Entscheidungsträgern in Politik und Administration offenkundig ignoriert werden, wenn die Qualitäts-offensive für die Weiterbildung beschworen wird. Im Bemühen, die öffentlichen Haushalte zu sanieren, werden Strukturen zerstört, die für die Erarbeitung eines verlässlichen Weiterbildungsangebots und dessen Qualität erforderlich sind. Lebenslanges Lernen ist auch auf organisierte Angebote angewiesen, die Weiterbildung in institutionalisierter Form voraussetzen.

*Ingeborg Pistohl*

## Beschwörungen und Marginalisierung

Zu den Rahmenbedingungen politischer Erwachsenenbildung

Detlef Kuhlenkamp

Der folgende Beitrag skizziert aktuelle Entwicklungslinien der politischen Erwachsenenbildung und fragt nach ihren weiterbildungs-, bildungs- und gesellschaftspolitischen Bedingungsfaktoren, um aus deren Vergewisserung zum besseren Verständnis der gegenwärtigen Situation politischer Erwachsenenbildung beizutragen.

### Zur Ausgangslage

Seit dem Aufschwung von Bildungspolitik und Bildungsplanung in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ließen sich inzwischen ganze Bände mit positiven Bekundungen zu Gunsten der Weiterbildung und der Bekräftigung ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutsamkeit füllen. Dem schien der quantitative Wachstumsprozess der Weiterbildung auch noch in den neunziger Jahren zu entsprechen, und der sich fortsetzende gesellschaftliche Strukturwandel ließ auf einen weiteren qualitativen Bedeutungszuwachs der Weiterbildung schließen. Das quantitative Wachstum der Weiterbildung wurde aus den Teilnahmestatistiken der Volkshochschulen und der Bundesanstalt für Arbeit, den absolvierten Prüfungen bei den Industrie- und Handelskammern sowie den Umfrageergebnissen des „Berichtssystems Weiterbildung“ deutlich. Der qualitative

**Der qualitative Bedeutungszuwachs der Weiterbildung wurde u. a. gestützt vom Strukturwandel der Wirtschaftsbereiche**

Bedeutungszuwachs der Weiterbildung wurde gestützt vom Strukturwandel der Wirtschaftsbereiche, dem sich beschleunigenden Wechsel beruflicher Anforderungen, der Zunahme von

Unüberschaubarkeiten, Lebensrisiken und interkulturellen Faktoren in der Gesellschaft sowie der Zunahme des Anteils der Erwachsenen an der Bevölkerung. Die Fülle von politischen Bekundungen zu Gunsten der Weiterbildung von Staat, Verbänden sowie dem Bildungs- und Wissenschaftssystem selbst, bediente sich in den neunziger Jahren allerdings zunehmend unter Aufnahme internationaler Entwicklungen des Topos vom lebenslangen Lernen und hob als dessen Ziel vorwiegend die *employability*, das heißt die Beschäftigungsfähigkeit von Adressaten und Teilnehmenden der Weiterbildung, hervor.

Jedoch galten die Beschwörungen gesellschaftlicher Bedeutsamkeit auch für die politische Erwachsenenbildung. Die an sie gerichteten Erwartungen zielen zumeist auf die Stärkung von

- Akzeptanz für Demokratie und Pluralismus,
- Toleranz,

- bürgerschaftlichem Engagement,
- Engagement gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit und
- Informationsvermittlung (vgl. Bericht der Bundesregierung zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der BRD, 1991).

So formulierte der frühere Bundespräsident *Roman Herzog* 1997 bei einer Preisverleihung in New York: „Als eine der besten Strategien der Vorbeugung stelle ich mir die politische Bildung vor. Die Erziehung zur Toleranz, die Vermittlung von Leitbildern an die Jugend sind unverzichtbar für ein Klima, in dem Bewußtsein und Praxis der Menschenrechte gedeihen können.“ (Herzog 1997, zitiert nach Vorholt, 2003, S. 11) Die *Europäische Union* postulierte in ihrem Memorandum über lebenslanges Lernen im Jahre 2000 „zwei gleichermaßen wichtige Ziele lebenslangen Lernens: Förderung der aktiven Staatsbürgerschaft und Förderung der Beschäftigungsfähigkeit.“ (EU-Kommission 2000, S. 87) Der *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* erklärte 2006 politische Bildung zum unverzichtbaren Teil der Demokratie und des lebenslangen Lernens. (Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, 2006, S. 7)

### Zur aktuellen Situation der politischen Erwachsenenbildung

Angesichts der zahlreichen rhetorischen Bekundungen und politischen Absichtserklärungen zugunsten der Weiterbildung insgesamt müssen die aktuellen Entwicklungslinien und quantitativen Daten der Weiterbildung sehr überraschen. So zeigte das seit 1979 im Drei-Jahres-Rhythmus erhobene „Berichtssystem Weiterbildung“ für das Jahr 2000 gegenüber 1997 zum ersten Mal seit 1985 einen Rückgang der Beteiligungsquote an der Weiterbildung an. Äußerte 1997 ein repräsentativer Anteil von 48 % der erwachsenen Bevölkerung in der Bundesrepublik, er habe im vergangenen Jahr an einer Weiterbildungsveranstaltung teilgenommen, so waren dies im Jahr 2000 43 %.

Dieser Rückgang setzte sich in der Erhebung über das Jahr 2003 auf 41% fort. Dieser Rückgang betrifft nicht nur die Beteiligung an allgemeiner Weiterbildung, sondern auch die Beteiligung an der beruflichen Weiterbildung. Lag die Beteiligung an beruflicher Weiterbildung im Jahre 2000 in den östlichen Bundesländern noch über dem Prozentanteil in den westlichen, so haben sich diese Anteile im Jahr 2003 angeglichen (vgl. Kuwan, H./Thebis, F. 2005). Auch die finanzielle Förderung der



© dpa/picture alliance/KPA/Hochheimer

Weiterbildung vor leeren Stühlen?

Weiterbildung nach den Weiterbildungsgesetzen der Länder ist seit den neunziger Jahren rückläufig und liegt in der Gesamthöhe unter 250 Millionen € (vgl. Kühlenkamp 2006). Der Anteil der Landesfinanzierung bei staatlich anerkannten Weiterbildungseinrichtungen hat sich fast durchweg vermindert, und die Bedeutung der finanziellen Strukturierung durch die Weiterbildungsgesetze der Länder hat in den letzten Jahren abgenommen.

**Die Bedeutung der finanziellen Strukturierung durch die Weiterbildungsgesetze der Länder hat in den letzten Jahren abgenommen**

Was für die aktuelle Situation der Weiterbildung insgesamt gilt, trifft für die politische Erwachsenenbildung vielfach verstärkt zu. Dies gilt beispielsweise auch für die unzureichende

Datenlage. Es gibt in Deutschland keine offizielle Gesamtstatistik zur Weiterbildung, sondern die Informationen zur Weiterbildung müssen aus unterschiedlichen Einzel- und Panelerhebungen zusammengetragen werden. Die Datenlage in der politischen Erwachsenenbildung ist darüber hinaus

zum einen besonders unzureichend, weil der Begriff der politischen Bildung sehr diffus ist und mit unterschiedlicher Weite oder Enge gebraucht wird. Dies hat sicherlich auch förderpolitische Ursachen, das heißt, die Möglichkeit, die eigenen Bildungsaktivitäten innerhalb der Förderkulisse politischer Bildung unterzubringen, legt es nahe, für diese auch das Etikett „politisch“ zu reklamieren. Es liegt aber auch an der Unterschiedlichkeit der Zielsetzungen und Prioritäten politischer Erwachsenenbildung. So hat der Abschlussbericht zur „Evaluation der politischen Bildung“ unter elf vorgegebenen Zielvorstellungen als die für die Einrichtungen fünf wichtigsten in folgender Reihenfolge voneinander unterschieden:

„Rang eins: Förderung von Mündigkeit/Urteilsbildung in der Demokratie

Rang zwei: Beförderung politischer Mitwirkung/demokratischer Teilhabe

Rang drei: Förderung sozialer und kultureller Kompetenzen

Rang vier: Abbau von fremdenfeindlichen Einstellungen

Rang fünf: Stärkung der Persönlichkeit und Orientierungshilfe“ (Böhnisch u. a. 2004, S. 80).

**Die mangelhafte Überschaubarkeit der politischen Erwachsenenbildung ist auch eine Folge von deren institutioneller Struktur**

Zum anderen ist die mangelhafte Überschaubarkeit der politischen Erwachsenenbildung auch eine Folge von deren institutioneller Struktur.

Ein Teil der Erwachsenenbildungsinstitutionen wird von gesellschaftlichen Großorganisationen getragen, deren Engagement in der Erwachsenenbildung auch als Ausdruck der jeweils primären Funktionsbestimmungen von Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeber- oder sonstigen Verbänden zu verstehen ist. Erwachsenenbildung steht dabei auch im ihr übergeordneten Interesse der Institution, die ihre jeweilige Einrichtung der Erwachsenenbildung als Träger politisch, rechtlich und finanziell verantwortlich und dabei auch die Berücksichtigung ihres gesellschaftspolitischen Primärinteresses von ihrer Erwachsenenbildungseinrichtung erwartet. Das heißt, Erwachsenenbildungseinrichtungen in verbandlicher Trägerschaft können als sogenannte Tendenzbetriebe im Sinne von Paragraph 118 des Betriebsverfassungsgesetzes gelten, weil sie unmittelbar oder überwiegend politischen, koalitionspolitischen, konfessionellen, karitativen, erzieherischen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Bestimmungen unterliegen und deshalb die Rechte des Betriebsrates bei ihnen eingeschränkt sind. Ein Teil ihres Bil-

dungsangebots richtet sich in der Regel an Ehrenamtliche und Funktionäre ihrer Trägerorganisation, wobei die Grenzen zwischen der beispielsweise von den Weiterbildungsgesetzen der Länder geforderten allgemeinen öffentlichen Zugänglichkeit und den spezifischen institutionellen Interessen der jeweiligen Träger und Einrichtungen leicht verwischt werden. „Bei der pluralen Struktur der außerschulischen Politischen Bildung war und ist es unvermeidlich, dass Politische Bildung immer auch als Instrument zur Propagierung von Verbands- und Institutionenpolitik verstanden wurde und wird.“ (Böhnisch u. a., S. 63)

Dies erklärt nicht nur, aber auch, dass Anbieter der politischen Erwachsenenbildung teilweise mit der

**Von den politischen Stiftungen der Parteien wird bei der staatlichen Subventionierung ihrer Bildungsarbeit die Vorlage eines Haushaltsplans nicht gefordert**

Herausgabe der Zahlen über ihre Teilnehmenden- und Finanzierungsstruktur sehr zurückhaltend sind. So erhalten die Stiftungen der politischen Parteien globale Zuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bil-

dingsarbeit, die ihnen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden. „Die Stiftungen sind ermächtigt, die ihnen gewährten globalen Zuschüsse gleichfalls als globale Zuschüsse weiterzuleiten“ (Bundesministerium der Finanzen 2006). Das heißt, von den politischen Stiftungen der Parteien wird bei der staatlichen Subventionierung ihrer Bildungsarbeit beispielsweise nicht die Vorlage eines Haushaltsplans gefordert.

Schließlich liegt die Diffusität des Begriffs „Politische Erwachsenenbildung“ auch darin begründet, dass „eine allseits akzeptierte Bezugswissenschaft als orientierendes und organisierendes Zentrum ... im Übrigen nach wie vor (fehlt). Für das Profil der außerschulischen Politischen Bildung, für ihre politische Anerkennung und damit auch für die Legitimation öffentlicher Förderung ist dieser Umstand von großem Nachteil.“ (Böhnisch u. a. 2004, S. 61) Das Verständnis von politischer Erwachsenenbildung ist nicht von dem rationalen Diskurs einer Wissenschaftsdisziplin geprägt, sondern oszilliert zwischen zahlreichen Bestimmungsversuchen unterschiedlicher Wissenschaftsbereiche, Aufgabenverständnisse, institutioneller Interessen und Adressatenwünsche. Dies hat zu einer beträchtlichen Kreativität und unterschiedlichen Perspektiven bei den Bestimmungsversuchen von politischer Erwachsenenbildung geführt. Die „Ideologieproduktion“ in der politischen Erwachsenenbildung scheint

**Die konzeptionelle Diskussion zur politischen Erwachsenenbildung ist stark normativ und wenig empirisch geprägt**

in deutlich größerer Blüte zu stehen als diese selbst. Auffällig ist, dass die konzeptionelle Diskussion zur politischen Erwachsenenbildung stark normativ und wenig empirisch geprägt ist. (vgl. Körber 2006)

Als ein Pol bei der Auseinandersetzung über Aufgabe und Konzeption politischer Erwachsenenbildung kann die Auffassung gelten, dass die Politikwissenschaft die unabdingbare Bezugswissenschaft der politischen Erwachsenenbildung auf der Grundlage eines Politikbegriffs sei, „der im Unterschied zur Orientierung an der bloß vorfindlichen Lebenswelt herrschaftskritisch ambitioniert und machtsensibel orientiert ist“, um deren Ausfransen bis zur (Selbst-) Auflösung zu verhindern. (Hufer 1994, S. 125 f.) Als Gegenpol zu dieser Position kann die einprägsame These vom „Auswandern der politischen Bildung“ in unterschiedliche Programmbereiche der Weiterbildungseinrichtungen angesehen werden, denn: „Individualisierung, Subjektivierung und Suche nach Selbstverwirklichung treffen sich mit neuen Formen von Selbstorganisation, Selbsthilfe und gesellschaftlichem Handeln im Nahbereich, mit denen eine Wiederaneignung von Politik reklamiert und z. T. auch realisiert wird.“ (Heinen-Tenrich 1994, S. 395) Diese Position ist jedoch vom Autor kürzlich in der Weise eingegrenzt worden, das Entscheidende sei, „ob eine Weiterbildungsveranstaltung eine erkennbare politische und gesellschaftliche Intention besitzt, entsprechende Themen ausdrücklich benennt und eine politisch-gesellschaftliche Zielsetzung verfolgt, die für Dritte erkennbar und ausgewiesen ist.“ (Gapski/ Heinen-Tenrich 2007, S.11) Als tatsächlich zu beobachtende Verschiebung inhaltlicher Schwerpunkte konstatiert Körber auf der Grundlage zweier umfangreicher, jedoch auf die vergleichsweise kleinräumige bremische Struktur sich beschränkender

**Themenfelder und Wissensvermittlung stehen als Zielansagen empirisch zwar immer noch an erster Stelle, jedoch ist ein Perspektivenwechsel von der Wissensvermittlung zur Kompetenzentwicklung zu beobachten**

Programmuntersuchungen eine Aufwertung prozeduralen Wissens in der politischen Erwachsenenbildung, bei der Themenfelder und Wissensvermittlung als Zielansagen empirisch zwar immer noch an erster Stelle stünden, jedoch ein Perspektivenwechsel von der Wissensvermittlung zur Kompetenzentwicklung zu beobachten sei. (Körber 2006, S. 184 ff.)

Eine im Jahre 2006 angefertigte Untersuchung der Programmpraxis der politischen Bildung in der niedersächsischen Erwachsenenbildung erklärt, die politische Bildungsarbeit habe „ihr Themenspektrum über herkömmliche politische Themen hinaus erweitert, verstärkt zivilgesellschaftliche sowie gemeinwesenorientierte Aufgaben und Themen aufgegriffen, zunehmend lebensweltlich und alltagspraktisch orientierte Fragen zu ihrem Gegenstand gemacht, Formen und Inhalte einer sozialen Allgemeinbildung einschließlich der Förderung von Sozialkompetenz herausgebildet, über die Planung und Durchführung von herkömmlichen Lehr-, Lernsituationen eine Vielzahl von Aktionsformen, Unterstützungs- und Beratungsleistungen entwickelt, für deren Erfassung und Bewertung die gewohnten Methoden und Kriterien nicht ausreichend sind.“ (Gapski/Heinen-Tenrich 2007, S. 7 f.) Demgegenüber ist an die Warnung von Schlutz vor der „Überdehnung“ des Begriffs der politischen Bildung zu erinnern und davor, die Teilnahme an Bildungsangeboten, die als Reflex auf politisch-gesellschaftlich induzierte Problemlagen verstanden werden können, bereits als politische Bildung zu werten (Schlutz 1994, S. 431 ff.) Ein einem „mikropolitischen Feld“ zugeordneter Lehrgang „Mediation“ für Adressaten/-innen, die in ihren Berufs- und Tätigkeitsfeldern mediatorisch, d. h. konfliktvermittelnd tätig werden wollen, und eine in das Angebotsfeld „der Qualifizierung, des bürgerschaftlichen Engagements und des Empowerments“ eingeordnete Ehrenamts-Akademie, welche die Grundzüge des Fundraising, des Leitens von Gruppen oder der Veranstaltungsorganisation bearbeitet (Gapski/Heinen-Tenrich 2007, S. 28 ff.), scheinen eher einer sozialen als einer politischen Bildung zuzurechnen zu sein.

In kaum einer der zahlreichen Grundsatzpublikationen zur politischen Erwachsenenbildung findet sich eine Aussage darüber, wie viele Menschen diese Angebote nutzen. Die schon zitierte niedersächsische Programmuntersuchung der politischen Erwachsenenbildung konstatiert jedoch: „Insgesamt haben sich... das Arbeitsprofil und das Leistungsspektrum der politischen Bildung zwar differenziert, sie hat aber auch in vielen Einrichtungen nur noch eine marginale Bedeutung.“ (Gapski/Heinen-Tenrich 2007, S. 8) Diese Aussage wird durch die Erhebungen des Berichtssystems Weiterbildung bestätigt, das seit 1988 bis einschließlich 2003 für die politische Erwachsenenbildung im engeren Sinne eine Teilnahmequote von jährlich 1% ermittelt hat. (vgl. Kuwan, H./Thebis, F. 2005, S. 17) Indizien weisen darauf hin, dass auch auf diesem niedrigen Beteiligungsniveau die politische Erwachsenenbil-

dung einen Teilnahmeschwund zu verzeichnen hat. So weist die Statistik der *Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben* für das Bundesgebiet von 2004 auf 2005 für den Themenbereich „Politik-Gesellschaft-Zusammenleben“ bei den Kursen einen Rückgang um 13,9 %, den Stunden um 5,3 % und bei den Belegungen um 13,7 % auf, obwohl beim Gesamtvolumen der Einrichtung Veranstaltungen und Belegungen anstiegen. (Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e. V. 2005 und 2007) Die Statistik des *Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB)* zeigt für die politische Erwachsenenbildung ein schwer zu überschauendes Bild, denn sie stellt keine Vollerhebung dar. Dass die Volumina bei Unterrichtsstunden und Belegungen im Jahre 2005 gegenüber 2004 deutliche Steigerungen aufweisen, erklärt sich höchstwahrscheinlich daraus, dass sich im Jahre 2005 statt 26 im Jahre 2004 33 Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung von insgesamt 98 beteiligt haben. Ein Indiz dafür, dass auch dort die politische Erwachsenenbildung eher einen Abschwung denn eine Steigerung aufweist, ist, dass die Anteile des Themenbereichs „Politik und Gesellschaft, interkulturelle Themen“ am durchgeführten Gesamtangebot 2005 deutlich geringer sind als 2004, das heißt von Anteilen zwischen 40,2 % und 42,5 % auf 32,1 % bis 33,9 % abgesunken sind. (Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten 2005 und 2006)

Bei den Volkshochschulen bildete die politische Erwachsenenbildung noch nie einen besonderen Programmschwerpunkt. Aber auch dort ist die Entwicklung von Kursen, Unterrichtsstunden und Belegungen des Themenkreises „Gesellschaft, Politik und Geschichte“ von 2002 bis 2005 deutlich rückläufig, obwohl er in der VHS-Statistik mit dem öffentlich stark diskutierten Thema „Umwelt“ zusammengefasst ist. Isoliert man davon die Entwicklung des Faches Politik bei den Volkshochschulen im Bundesgebiet, so sind auch dort die Volumina von 2002 zu 2005 bei den Unterrichtsstunden um 4,9 %, in den Kursen um 17,6 % und den Belegungen um 28,1 % gefallen (Pehl, K./Reichart, E./Zabal, A. 2006).

Betrachtet man die Angebotsentwicklung der politischen Erwachsenenbildung nicht einrichtungsspezifisch und auf Bundesebene, sondern regional, so sind die Bundesländer Bremen und Niedersachsen hier interessant, denn trotz unterschiedlicher im vergangenen Jahrzehnt vorgenommenen Förderungsein-

**In Bremen und Niedersachsen wird nach dem jeweiligen Weiterbildungs- oder Erwachsenenbildungsgesetz die politische Bildung weiterhin gesondert gefördert**

schränkungen wird in beiden Bundesländern nach dem jeweiligen Weiterbildungs- oder Erwachsenenbildungsgesetz die politische Bildung weiterhin gesondert gefördert. In Bremen sind die Veranstaltungsvolumina der geförderten Einrichtungen in der politischen Erwachsenenbildung seit der Novellierung des Gesetzes von 1996 bis zum Jahre 2004 ständig gefallen. Überraschend gibt es im Jahr 2005 einen Anstieg gegenüber dem Jahr 2004, der weitgehend auf das Konto der Bremer Volkshochschule geht. In Niedersachsen ist das Volumen an Unterrichtsstunden der politischen Erwachsenenbildung bei den niedersächsischen Volkshochschulen von 2000 bis 2005 kontinuierlich zurückgegangen, bei der Gesamtheit der nach dem Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz förderungsberechtigten Einrichtungen sank die als politische Bildung anerkannte Anzahl der Unterrichtsstunden von 240.544 im Jahr 2004 auf 232.361 im Jahr 2005, obwohl durch die Novellierung des Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetzes im Jahr 2005 die Anrechenbarkeit von Veranstaltungen der politischen Bildung inhaltlich ausgeweitet worden war. (Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung des Landes Niedersachsen 2007)

Auch wenn belastbare Daten über die Entwicklung der politischen Erwachsenenbildung in nur sehr geringem Umfang vorhanden sind, so lässt sich doch aus den vorhandenen Indizien die Verallgemeinerung ableiten, dass die organisierte politische Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik auf niedrigem quantitativen Niveau einen Schwund-

bereich bei Angeboten und Beteiligung darstellt. Natürlich erfassen die weiter oben skizzierten Daten nur einen Teilbereich der politischen Erwachsenenbildung, bei dem beispielsweise die Stiftungen der politischen Parteien und zahlreiche andere Anbieter fehlen. Auch gibt es zahlreiche Bildungsinitiativen mit politischer Relevanz, die in offiziellen und halboffiziellen Angebotstatistiken nicht auftauchen. Stünde jedoch die politische Erwachsenenbildung insgesamt in Saft und Kraft, so könnte es kaum zu den beobachtbaren Rückgängen in der politischen Bildung als organisiertem Lernen Erwachsener kommen.

### Erklärungsversuche

Sucht man nach den Ursachen für den Rückgang der politischen Erwachsenenbildung bei Angebot und Beteiligung, so sticht der bereits erwähnte Rückgang der öffentlichen Förderung nach den Weiterbildungsgesetzen der Länder ins Auge. Parallel zur Abschwächung der öffentlichen Förderung stiegen die Aufwendungen und Finanzierungsbeiträge der privaten Nutzer an Weiterbildung zunehmend an. „Folgt man unseren Schätzungen, so tragen momentan bereits die Individuen den größten Kostenanteil für berufliche Weiterbildung“. (Beicht/Berger/Moraal 2005, S. 264) Dieser Sachverhalt ist für die allgemeine Weiterbildung vielfach belegt, während für die politische Erwachsenenbildung ein unterschiedlicher Finanzierungsmix von Aufwendungen der Individuen, Verbände und

der öffentlichen Hände bestimmend ist. Jedoch zeigt sich auch hier seit langem ein kontinuierlicher Anstieg des Anteils der Teilnahmegebühren an den Veranstaltungskosten. (Ahlheim/Heger 2006, S. 63 f.) Dieser Anstieg verstärkt die Teilnahmebarrieren in der politischen Erwachsenenbildung, denn trotz der vielfältigen normativen Beschwörungen ihrer politischen Notwendigkeit ist für deren Adressaten der direkte individuelle Nutzen schwer und vielfach kaum erkennbar. Ein Indiz für den Zusammenhang



© picture-alliance/ZB

Auch in Niedersachsen ist ein Rückgang der politischen Erwachsenenbildung zu verzeichnen

**Parallel zur Abschwächung der öffentlichen Förderung stiegen die Aufwendungen und Finanzierungsbeiträge der privaten Nutzer an Weiterbildung zunehmend an**

größtenteils von den daran Teilnehmenden selbst finanziert worden ist.

von vermutetem individuellen Nutzen und Teilnahmebereitschaft ist die Entwicklung der Angebotsbereiche der Volkshochschulen in der Bundesrepublik mit ihrem starken Anwachsen der Gesundheitsbildung, der

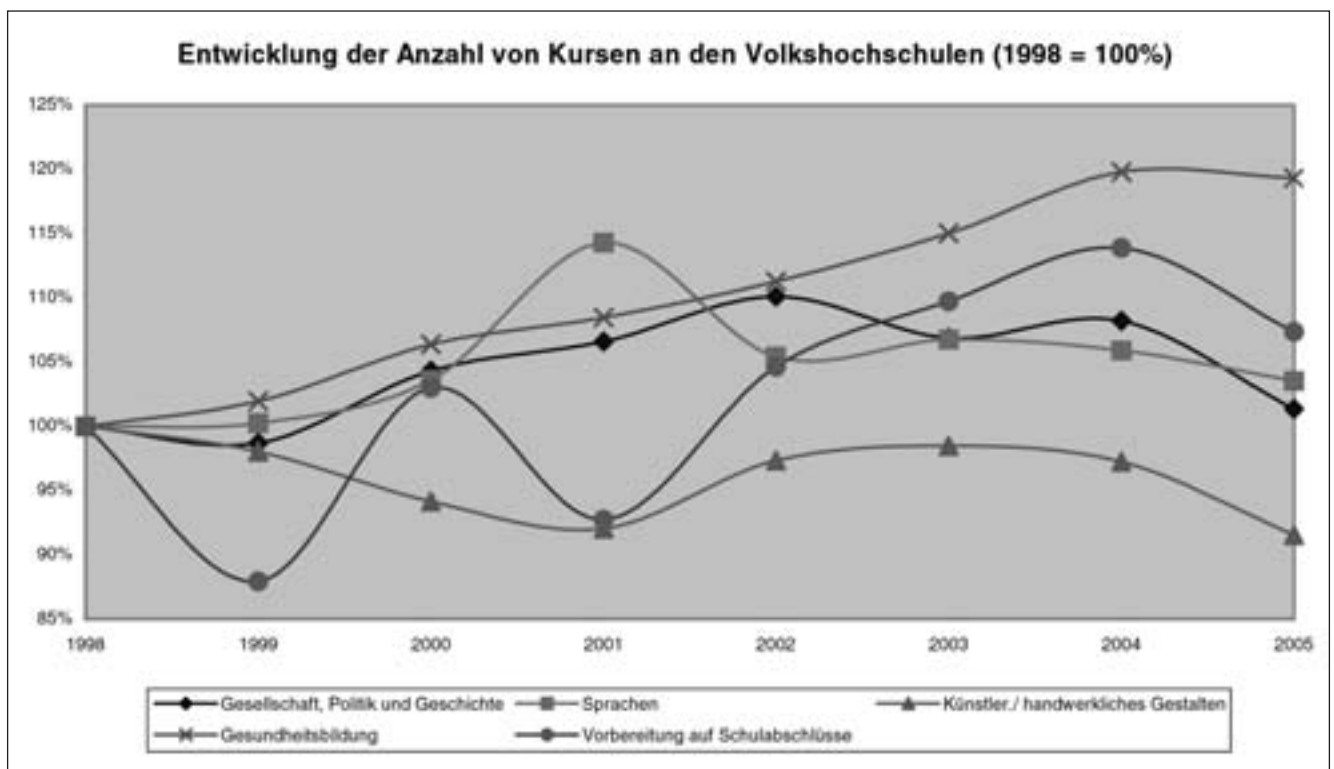
Die Abschwächung der politischen Erwachsenenbildung ist durch die Prioritätenverschiebung im Weiterbildungsbereich in der Vergangenheit verstärkt worden, da dieser sich stark nach den Finanzströmen der *Bundesagentur für Arbeit* und des *Europäischen Sozialfonds* ausgerichtet hat, was teilweise zur Schwächung der Strukturen der politischen Erwachsenenbildung durch die Verringerung des dafür tätigen hauptberuflichen Personals beigetragen hat. „Organisiertes Lernen Erwachsener ist nützlich, es „zahlt sich aus“ – so lautete die deutliche Werbebotschaft der institutionalisierten Erwachsenenbildung, die mit der bildungspolitischen Rhetorik auf nationaler und internationaler Ebene in einer beachtlichen Zahl von Gutachten, Erklärungen, Verlautbarungen, Memoranden, Aktions- und Förderplänen, Reden u. v. a. m. übereinstimmt.“ (Peters 2007, S. 354)

Vor allem scheinen sich Kurse der politischen Erwachsenenbildung mit aufklärerischer Tendenz und orientierender Funktion am stärksten vermindert zu haben. Es scheint in der erwachsenen Bevölkerung zu einer gewissen Polarisierung gekommen zu sein: die einen fühlen sich gut informiert, für die

**Die Transparenz der politischen Erwachsenenbildung hat abgenommen, ihr Inhalts- und Aufgabenprofil ist vielfach verschwommen**

anderen ist Politik weitgehend unüberschaubar geworden. Die politische Erwachsenenbildung verlagert sich bei Inhalten, Lernzielen und Veranstaltungen teilweise zur gesellschaftsbezogenen

oder kleingruppenbezogenen sozialen Bildung und weicht in den Veranstaltungsformen anscheinend auf ereignis- und handlungsfeldbezogene Lernarrangements zu Ungunsten des organisierten Lernens aus. Damit hat aber auch die Transparenz der politischen Erwachsenenbildung abgenommen; ihr Inhalts- und Aufgabenprofil ist vielfach verschwommen. Die mangelnde Transparenz bei Anbietern und Angeboten macht die politische Erwachsenenbildung ähnlich unüberschaubar wie die Politik selbst. Dies ist bei Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung deshalb erstaunlich, weil bei ihnen ein Bewusstsein davon vermutet wird, dass „die Angebote der politischen Weiterbildung ... grundsätzlich für alle Bürgerinnen und Bürger transparent und zugänglich sein“ müssen



Eigene Berechnungen nach Angaben der Volkshochschul-Statistik



Notwendiges Thema der politischen Bildung?

und „durch die angespannte Finanzsituation bei allen Beteiligten ... politische Weiterbildung wie jede andere Ausgabenposition auch verstärkt unter dem Druck (steht), ihre Notwendigkeit und Nützlichkeit nachzuweisen.“ (Kultusministerkonferenz 1998, S. 328)

Zwar gibt es auch heute noch die großen politischen und gesellschaftlichen Themen, jedoch führen sie seit längerem nicht mehr zu den großen öffentlichen Debatten und Erregungen, wie sie in den siebziger und achtziger Jahren in der alten Bundesrepublik zu beobachten waren. Politik scheint unübersichtlicher geworden zu sein mit einer allgemein geringeren Thematisierung direkter Betroffenheit. Dem entspricht der Rückgang des Investigationsjournalismus bei den Fernsehkanälen und in den Wochenmagazinen. Die Talkshows und Kochsendungen haben in der Bedeutsamkeit die politischen Magazine abgelöst. Die Frage, ob ein Politiker eine Geliebte hat, ist wichtiger geworden als die nach der Politik, die er vertritt. Es ist unklar, ob der Rückgang der Wahlbeteiligung bei Landes- und Kommunalwahlen einer Abnahme des politischen Interesses geschuldet ist oder einer eher resignativen Einschätzung der Wirkungsmöglichkeiten von Wahlentscheidungen.

Die Weiterbildung allgemein und die politische Erwachsenenbildung im besonderen scheinen seit einiger Zeit in Gefahr zu sein, im zunehmend verwandten Begriff des Lebenslangen Lernens an Bedeutung zu verlieren, wenn nicht sogar „wegintegriert“ zu werden. In Deutschland wurde der Begriff des Lebenslangen Lernens über lange Zeit hin-

weg weitgehend synonym mit dem Begriff von Erwachsenenbildung beziehungsweise Weiterbildung gebraucht. Diese Gleichsetzung wird dadurch verständlich, dass sowohl Erwachsenenbildung als auch Lebenslanges Lernen die Begrenzung der Lernzeit auf die Erstausbildung aufbrechen wollen und es für notwendig halten, Lernen im menschlichen Lebenslauf als „open-end-Veranstaltung“ zu verstehen. (Kraus 2001, S. 10) Inzwischen hat sich je-

doch auch in Deutschland die Nicht-Gleichsetzung von Lebenslangem Lernen und Erwachsenenbildung unter der fortschreitenden Internationalisierung von Bildung und bildungspolitischen Diskussionen durchgesetzt. Dies

**Die politische Erwachsenenbildung scheint in Gefahr zu sein, im zunehmend verwandten Begriff des Lebenslangen Lernens an Bedeutung zu verlieren, wenn nicht sogar „wegintegriert“ zu werden**

hat zu einer starken Individualisierung von Bildung sowie Bildungsbiografien geführt und beispielsweise die Bedeutung einer geglückten Grundbildung sowie einer erfolgreichen Bildungsbiografie als Voraussetzung von Lernen im Erwachsenenalter verstärkt. Vielfach kreisen die bildungspolitischen Diskussionen und das bildungswissenschaftliche Nachdenken vor allem um die Bildungsbiografien der Individuen, während die Funktionsfähigkeit des Erwachsenen- und Weiterbildungsbereichs als deren partieller Garant als nachrangig empfunden wird.

Politische Erwachsenenbildung ist ein Teil der Weiterbildung, die sich nach den neunziger Jahren mit einem kleiner gewordenen Sektor, der als Teil von öffentlicher Wohlfahrt gelten kann, und mit einem größer gewordenen privat finanzierten Anteil präsentiert. Der Begriff der Weiterbildung „wird deutlich mit einem Berufsbezug konnotiert. ‚Erwachsenenbildung‘ hat eher den Beiklang allgemeiner Bildung, und ‚politische Erwachsenenbildung‘ spielt in den Diskursen die marginale Rolle eines Teils der allgemeinen Erwachsenenbildung.“ (Nuissl 2007, S. 64) Kleiner geworden ist auch der bildungspoliti-

sche Kern der Weiterbildung. Sie ist zum Interventionsinstrument zahlreicher unterschiedlicher Politikfelder geworden, dabei ist sie jedoch als öffentlich strukturierter Bildungsbereich geschwächt worden und die bildungspolitisch inspirierten und geförderten Angebotsstrukturen der Weiterbildung sind vermindert worden. Die Abschwächung von Weiterbildung und politischer Erwachsenenbildung als Bildungsbereich hat auch zur Schwächung ihrer Personalstruktur geführt, weil die Ressourcenverluste zum Personalabbau mit den entsprechenden Kompetenz- und Wirkungsverlusten führten.

Nicht erst seit Bildung der Großen Koalition im Jahre 2005 kreist ein Großteil der politischen Auseinandersetzungen um die Gesundheits- und Arbeits-

**Gegenüber der Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik hat Bildungspolitik – und nicht nur die Erwachsenen- und Weiterbildung – einen partiellen Bedeutungsverlust erlitten**

marktpolitik. Gegenüber diesen beiden Politikfeldern hat Bildungspolitik – und nicht nur die Erwachsenen- und Weiterbildung – zweifellos einen partiellen Bedeutungsverlust erlitten. Die Priorität der Gesundheitspolitik ergibt sich

vor allem daraus, dass alle Gesellschaftsmitglieder von ihr in allen Lebensphasen betroffen sind. Auch die Arbeitsmarktpolitik hat Priorität vor der Bildungspolitik; deren Probleme sind direkter und im Hier und Jetzt verankert. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik betreffen viele Menschen direkt mit zum Teil harten ökonomischen Folgen. Aus diesen persönlichen Betroffenheiten durch Gesundheits-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik entstehen politische Pressionspotenziale gegenüber politischen Entscheidungsträgern, über welche die Bildungspolitik in dieser Stärke nicht verfügt. Hinzu kommt, dass die oberen bürgerlichen Milieus und die unterprivilegierten Volks- und Arbeitnehmermilieus weitgehend als „pressure groups“ zu Gunsten von Bildungspolitik ausscheiden, da die oberen bürgerlichen Milieus nicht Bildungsaktivitäten als Instrumente des sozialen Aufstiegs und der sozialen Distinktion brauchen, und die unterprivilegierten Milieus sich bildungsdistanziert und -resigniert verhalten. (vgl. Vester, M. 2000) Die Leistungen und Funktionen von Bildung und Bildungspolitik sind von eher indirekter Art und ihre gesellschaftspolitische Bedeutung ist nur selten direkt sichtbar.

### Perspektive

„Die Erträge von Bildung werden oft auf monetäre Erträge begrenzt. Entsprechend der OECD-Defini-

tion sollen aber auch die eher qualitativen, nicht monetären Wirkungen (zum Beispiel auf Lebensführung und Gesundheit) berücksichtigt werden. Diese können wiederum indirekte monetäre Folgen (z. B. geringere Gesundheitskosten) haben“ (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S. 181). Dies gilt auch für die politische Erwachsenenbildung und ihre gesellschaftspolitischen Auswirkungen: „*Erstens*: Politische Bildung könnte maßgeblicher Faktor für den Demokratieerhalt und die demokratische Weiterentwicklung sein; dazu gehört auch die Vermittlung dessen, was Demokratie ausmacht und auf welchen Voraussetzungen sie basiert. *Zweitens*: Politische Bildung kann Verantwortung dafür übernehmen, dass Prozesse demokratisch ablaufen und dass möglichst viele Menschen daran teilhaben.“ (Länge 2006, S. 91 f.)

**Aktive Staatsbürgerschaft ist nicht durch Beschwörungen des Wertes der Demokratie zu haben, sondern erfordert materielle und immaterielle Investitionen in ein Konzept, das die aktive Staatsbürgerschaft als Voraussetzung für demokratische Funktionsfähigkeit begreift**

Ein praktischer Anknüpfungspunkt könnte die im *Memorandum der Europäischen Union* über Lebenslanges Lernen aus dem Jahr 2000 neben der Förderung der Beschäftigungsfähigkeit als gleichermaßen wichtiges Ziel des Lebenslangen Lernens hervorgehobene Förderung der aktiven Staatsbürgerschaft sein. Diese aktive Staatsbür-

gerschaft ist nicht durch Beschwörungen des Wertes der Demokratie und der Notwendigkeit politischer Erwachsenenbildung zu haben, vielmehr erfordert sie materielle und immaterielle Investitionen in ein Konzept, das die aktive Staatsbürgerschaft als Voraussetzung für demokratische Funktionsfähigkeit begreift. Soziale Kompetenzen, Werthaltungen und Verhaltensmuster werden auch durch die Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung vermittelt. Wenn die unter dem Stichwort des Lebenslangen Lernens vielfach beschworene gesellschaftliche und ökonomische Dynamik schneller und umfassender wird, dann müssen auch die öffentlichen Hände ein zunehmendes Interesse daran haben, dass die Gesellschaftsmitglieder über die notwendige Lern- und Anpassungskapazität gegenüber den vielfachen gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen sowie politischen Unüberschaubarkeiten verfügen. In Anknüpfung an die Forderung der *Europäischen Kommission* nach der aktiven Staatsbürgerschaft wäre auch nach neuen Finanzierungsanteilen zu suchen, die nicht nur die vergleichsweise finanziell schmal ausgestatteten Bildungsprogramme der EU, sondern

auch die Ressourcen des Sozialfonds und des Regionalfonds der EU mit Komplementärfinanzierungen von Bund, Ländern, Kommunen und gesellschaftlichen Großorganisationen komplementär verknüpften. Finanzielle Förderung ist nicht gleichbedeutend mit Bildung und politischer Bewusstheit, ohne sie sind diese jedoch in großem Ausmaß kaum zu bekommen und zu bewahren.

## Literatur

*Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung des Landes Niedersachsen* 2007: Arbeitsergebnisse (Unterrichtsstunden) nach Einrichtungen und Arten der Bildungsmaßnahmen für 2005 (kommunale Einrichtungen/Landeseinrichtungen) (Stand: 31.5.2007)

*Ahlheim, K./Heger, B.* 2006: Wirklichkeit und Wirkung politischer Erwachsenenbildung. Eine empirische Untersuchung in Nordrhein-Westfalen, Schwalbach/Ts.

*Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* 2006: Politische Bildung in der demokratischen Gesellschaft. Zum Beitrag politischer Bildung bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels ([http://www.adbildungsstaetten.de/aktuelles/stellungnahme/2006\\_pol\\_bildung.php](http://www.adbildungsstaetten.de/aktuelles/stellungnahme/2006_pol_bildung.php)) Zugriff am 2.6.2007

*Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* 2005: Statistik 2004 Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten. Tabellen und Abbildungen (Mitteilung von Bernd. Vaupel@lwl.org vom 18.6.2007)

*Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* 2007: Statistik 2005 Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten. Tabellen und Abbildungen (Mitteilung von Bernd. Vaupel@lwl.org vom 6.6.2007)

*Beicht, U./Berger K./Moraal D.* 2005: Aufwendungen für berufliche Weiterbildung in Deutschland, in: „Sozialer Fortschritt“, 54. Jg., H. 10-11, S. 256-266.

*Böhnisch, L./Fritz, K./Maier, K.* 2004: Evaluation politischer Bildung, hektogr. Abschlussbericht. Technische Universität Dresden

*Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e. V.* 2005: Arbeit und Leben in der Bundesrepublik 2004. Tabellen und Abbildungen (Mitteilung von jansen@arbeitundleben.de vom 5.6.2007)

*Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e. V.* 2007: Arbeit und Leben in der Bundesrepublik 2005. Tabel-

len und Abbildungen (Mitteilung von jansen@arbeitundleben.de vom 1.6.2007)

*Bundesministerium der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland* 2006: Bundeshaushalt 2006 (<http://www.bundesfinanzministerium.de/bundeshaushalt2006/html/ep06/ep06kp02nra9.html#68502>) Zugriff am 2.7.2007

*Bundesregierung* 1991: Bericht der Bundesregierung zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode (Drucksache 12/1773 vom 10.12.1991)

*Europäische Union* (Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen) 2000: Memorandum über Lebenslanges Lernen, Brüssel, den 30.10.2000 (SEK(2000)1832), in: AUE-Informationdienst Hochschule und Weiterbildung H. 1/2001, S. 85- 101.

*Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens* 2004: Finanzierung Lebenslangen Lernens – der Weg in die Zukunft. Schlussbericht, Bielefeld

*Gapski, J./Heinen-Tenrich, J.,* 2007: Räume politischer Bildung. Zur Programmpraxis in der niedersächsischen Erwachsenenbildung, Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung (Hrsg.), Hannover

*Heinen-Tenrich, J.* 1994: Neue Orientierungen in der politischen Erwachsenenbildung, in: Körber, K. (Hrsg.): Politische Weiterbildung zwischen Gesellschafts- und Subjektorientierung, Bremen, S. 389-413

*Hufer, K.-P.* 1994: Wiedergewinnung der Politik für die politische Bildung, in: Körber, K. (Hrsg.): Politische Weiterbildung zwischen Gesellschafts- und Subjektorientierung, Bremen, S. 115-130

Körber, K. 2006: Zwischen Politikverdrossenen, reflektierten Zuschauern und aktiven Bürgern. Lehren in der politischen Weiterbildung, in: Nuissl, E. (Hrsg.): Vom Lernen zum Lehren. Lern- und Lehrforschung für die Weiterbildung, Bielefeld, S. 181-192

*Kraus, Katrin* 2001: Lebenslanges Lernen – Karriere einer Leitidee. Bielefeld.

*Kuhlenkamp, D.* 2006: Finanzielle Ressourcen zur Teilhabe an Weiterbildung. In: H. J. Forneck/G. Wiesner/C. Zeuner (Hrsg.): Teilhabe an der Erwachsenenbildung und gesellschaftliche Modernisierung. Hohengehren, S. 5-35

*Kultusministerkonferenz der Länder in der Bundesrepublik Deutschland 1998: Überlegungen zur politischen Weiterbildung. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 18.9.1998, in: Außerschulische Bildung, H. 3 - 4/98, S. 325 bis 328*

*Kuwan, H./Thebis, F. 2005: Berichtssystem Weiterbildung IX. , München 2004 (Hrsg. Bundesministerium für Bildung und Forschung, BMBF.*

*Länge, Theo W. 2006: Politische Bildung und Lebenslanges Lernen, S. 91 f. In: Praxis politische Bildung, H.2, S. 85-93*

*Landesverband der Volkshochschule Niedersachsen e. V. 2006: Statistische Materialien. Finanzierung und Arbeitsergebnisse nach dem Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz für das Haushaltsjahr 2005 (vhs Informationen Nr. 3 vom 5.7.2006)*

*Landesverband der Volkshochschule Niedersachsen e. V. 2006: Statistische Materialien zur Struktur und zur Bildungsarbeit der Volkshochschulen in Niedersachsen 2005. (vhs Informationen Nr. 5 vom 6.12.2006)*

*Nuissl, E. 2007: Politische Erwachsenenbildung und ihre Krisen, in: Report. Zeitschrift für Weiterbildungsforschung, 30. Jg., H. 2/2007, S.63-74*

*Pehl, K./Reichart, E./Zabal, A. 2006: Volkshochschulstatistik, 44. Folge, Arbeitsjahr 2005 ([http://www.die-bonn.de/esprid/dokumente/doc-2006/pehl06\\_01.pdf](http://www.die-bonn.de/esprid/dokumente/doc-2006/pehl06_01.pdf)) Zugriff am 3.2.2007*

*Peters, R. 2007: Zwischen Bedeutsamkeitsrhetorik und praktischer Bedeutungsschwäche. Anmerkungen zur institutionalisierten Erwachsenenbildung, in: Ricken, N. (Hrsg.): Über die Verachtung der Pädagogik. Analysen-Materialien-Perspektiven, Wiesbaden, S. 353-370*

*Reitz/Reichart 2006: Weiterbildungsstatistik im Verbund 2006 – Kompakt, Bonn 2006 ([www.die-bonn.de/publikationen/online-texte/index.asp](http://www.die-bonn.de/publikationen/online-texte/index.asp))*

*Schlutz, E. 1994: Politische Bildung, soziales Lernen, Allgemeinbildung. Zu möglichen Motiven einer begrifflichen Verwirrung, in: Körber, K. (Hrsg.): Politische Weiterbildung zwischen Gesellschafts- und Subjektorientierung, Bremen, S. 421-439*

*Senator für Bildung und Wissenschaft der Freien Hansestadt Bremen 2005: Vorlage Nr. F 78/05 für die Sitzung des Förderausschusses am 7.12.2005*

*Senator für Bildung und Wissenschaft der Freien Hansestadt Bremen 2007: Bildungsurlaube und Seminare (Gesamtstatistik) 2005 vom 11.6.2007*

*Vester, M. 2005: Die selektive Bildungsexpansion. Die ständische Regulierung der Bildungschancen in Deutschland. In: Berger, P.A., Kahlert, H. (Hrsg.): Institutionalisierte Ungleichheiten. Wie das Bildungswesen Chancen blockiert, S. 39-70*

*WSF Wirtschafts- und Sozialforschung 2005: Erhebung zur beruflichen und sozialen Lage von Lehrenden in Weiterbildungseinrichtungen. Schlussbericht, Kerpen.*

*Vorholt, U. 2003: Institutionen politischer Bildung in Deutschland. Eine systematisierende Übersicht, Frankfurt/M.*



*Prof. Dr. Detlef Kühlenkamp, Hochschullehrer für Weiterbildung im Institut für Erwachsenen-Bildungsforschung an der Universität Bremen. Adresse: Universität Bremen, Fachbereich 12, Institut für Erwachsenen-Bildungsforschung, 28359 Bremen.*

*E-Mail: [kuhlenkamp@uni-bremen.de](mailto:kuhlenkamp@uni-bremen.de)*